

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands- bezüher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brabestr. (Neubau).
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht von einem Ganzen werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Der Reichstag aufgelöst.

In den letzten Monaten, man kann ruhig sagen, seit Bestehen des nunmehr aufgelösten Reichstags, haben es die Arbeiter an der Verteuerung der Lebensverhältnisse, dem irischen Auftreten der Stahlhelm-, Jungdo-, Reichsflaggen- und sonstwie Wuben, dem Versagen von Schlichtungsbe- jörden, dem dreifachen Auftreten der Unternehmervertreter, bei allen Gelegenheiten fühlen müssen, daß die Rückschrittler (Reaktion) in Deutschland einen Wahlsieg durch verirrte Volksteile in die Hand gespielt bekommen hatten. Wie sich dieser politische Wahlsieg fast auf jeden Arbeiter und jede Arbeiterin auswirkte, haben hoffentlich auch die Arbeiter ge- merkt. Gleich es doch bei allen Gelegenheiten, bei denen Arbeiter und Arbeiterinnen mit Unternehmern oder ihren Vertretern zusammentamen, wenn sie ihr Recht verlangten: **Rückwärts Sie keine so großen Töne, Sie wissen doch, wir haben nicht mehr 1919 und 1920. Jetzt pfeift ein anderer Wind.** So und ähnlich haben die Unternehmer im letzten Jahre oft gesagt.

Ihr habt es doch sicher nicht vergessen, Kollegen und Kolleginnen?

Die Haltung der Unternehmer und ihrer Beauftragten war der Ausdruck für die politische Wächterweiterung der Reaktion im letzten Jahr und vor allem nach den Wahlen vom 4. Mai 1924, bei denen das arbeitende deutsche Volk nur 100 ernstlich für das Wohl der Arbeiterschaft kämpfende Sozialdemokraten und 62 mit Trillerpfeifen und Kinder- trompeten opponierende Kommunisten vor sich sah. In der parlamentarischen Vertretung erlor gegen 310 bürgerliche Abgeordnete.

Dieser politische Fehler des die Mehrheit in Deutsch- land bildenden arbeitenden Volkes hat zur Wirkung gehabt, daß die Kollegenchaft in den Betrieben darunter zu leiden hatte.

Weil also die Auswirkung der politischen Wahlen in Deutschland so stark die Lage der Arbeiterschaft beeinträch- tigt, muß sich diese recht eingehend um die Dinge kümmern und bei Wahlen dafür sorgen, die Bürgerlichen nicht zu unterstützen.

Außer dem dreifachen Auftreten der Unternehmer gegen- über den ihr Recht suchenden Arbeitern hatte die Wahl vom 4. Mai 1924 noch andere schwere Folgen für die Arbeiterschaft, und zwar die Verteuerung der Lebenshaltung. Wie sehr diese auf den Arbeiterhaushalten lastet, braucht hoffentlich nicht noch zahlenmäßig beleuchtet zu werden. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin fühlt die von politischen Gegnern der Arbeiterschaft herbeigeführte Verteuerung am eigenen Leibe. Es sind aber auch die gleichen Leute, die jeglichen Lohnaus- gleich für die von ihnen herausbeschworene Verteuerung rund- weg ablehnen.

Die Verteuerung ist aber noch nicht beendet. Die poli- tischen bürgerlichen Gegner der Arbeiter arbeiten, mit Aus- nahme der Demokraten und eines Teils des Zentrums, dar- aufhin, eine Kollaboration im kommenden Reichstag durchzu- drücken, die das Brot, Mehl, andere Lebensmittel noch mehr belasten und so das Leben noch teurer gestalten soll.

Aber damit gibt sich die Reaktion in Deutschland noch nicht zufrieden.

Sie will auch die wenigen Rechte der Arbeiterschaft be- schneiden und, wenn es geht, sogar wegnehmen.

Ein Arbeitstarif, ein allgemeines Arbeitsvertrauen und ein Arbeitsgerichtsgesetz sind im Entwurf fertig und werden

dem nächsten Reichstag zur Annahme vorgelegt. Es wird aber ganz von der Zusammensetzung des Parlaments ab- hängen, ob die Gesetze für uns Gewerkschaftler grundlegende Rechte bringen werden, die wir unbedingt zu unseren Kämpfen benötigen.

Die politischen Parteien, die hauptsächlich die Treiber der reaktionären Richtung sind, heißen: Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Nationalsozialisten, Deutschsozialisten, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei.

Die Deutschnationale Volkspartei hat 105 Abgeordnete und trieb bei der Abstimmung über die Gesetze zum Darwe- gutachten ein so verwerfliches Spiel, wie noch nie eine Partei im parlamentarischen Leben. Sie kommandierte von ihrer Fraktion, nachdem sie zuvor verflüchtigt hatte, geschlossen gegen die Gesetze zu stimmen, 48 Ja-sager ab, die zum Schein öffentlich Nein-zettel bei der Abstimmung zeigen mußten, in Wirklichkeit aber auch Ja-zettel hatten, die sie heimlich bei der Entscheidung in die Urne legten und so die Annahme der Gesetze, gegen die Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt worden waren, zu ermöglichen.

Soviel Unehrlichkeit, Heuchelei und Falschspiel einer Partei hat noch kein Parlament gesehen.

Diese schimpfliche Handlung begingen die Deutschnatio- nalen deshalb, weil ihnen von der nicht viel besseren Partei, der Deutschen Volkspartei, und dem Zentrum vier Minister- sitze versprochen worden waren. Also für die Teilnahme von vier ihrer Sippe an der Regierungskuttertruppe ver- kaufte die Partei ihre Ehre.

Das Drängen nach den Ministerposten mit Hilfe der Deutschen Volkspartei war in den letzten Wochen ein wider- liches Schauspiel für die ganze Welt. Die Reaktion hat sich nicht daran gekümmert; ihr war alles gleich, wenn sie nur ihre Macht erweitern konnte, das war ihr Ziel.

Wald hätte sie es mit den verwerflichsten Mitteln er- reicht.

Die Reichstagsauflösung hat die Rechtsparteien daran gehindert, ihre Position zu verankern.

Nun soll das deutsche Volk entscheiden, ob die Reaktion oder der Fortschritt marschieren sollen.

Arbeiter und Arbeiterinnen, für euch kann die Entschei- dung nicht schwer sein. Ihr habt allerorts für den Fort- schritt zu wirken und bei der Wahl dementsprechend zu ent- scheiden.

Nieder mit der Reaktion!

Der tschechoslowakische Streit beendet.

Nach zweieinhalbwöchiger Streikdauer haben unsere tschecho- slowakischen Kollegen und Kolleginnen einen Kampfabchluss tätigen können, der einen vollen Sieg darstellt. Sie konnten mit ihrer gewerkschaftlichen Maßnahme nicht nur alle Ansprüche der Unternehmer abwehren, sondern auch den größten Teil ihrer Forderungen durchdrücken, und bekamen sogar wieder einen Mantelstarifvertrag, dessen Abschluß die Unternehmer bisher freis herstellten.

Der günstige Erfolg für unsere tschechoslowakische Kollegen- schaft war nur deshalb möglich, weil alle 13 000 Beschäftigten geschlossen aushielten und so eine einheitliche Kampffront bil- deten.

Wir sprechen als deutsche Bruderorganisation unseren tschechoslowakischen Kollegen und Kolleginnen unsere Genu- gung aus und freuen uns mit ihnen, daß sie einen gewerkschaft- lichen Sieg erröckten.

Die freien Lohüberhandlungen gescheitert.

Die Verbandsleitung hatte zum 19. Oktober das Lohnab- kommen gekündigt, weil für eine Erhöhung der Löhne eine drin- gende Notwendigkeit vorliegt.

Die Kosten für die Lebenshaltung stiegen im Verlauf der letzten Wochen um 25 bis 35 Prozent. Die Großhandelspreise zeigen eine weitere Verteuerung an. Sogar das Reichsstatistische Amt muß in seinen Feststellungen zur Hungerlinie eine Steige- rung der Ziffern bekanntgeben und bestätigen, was die Arbeiter- schaft schon seit Wochen schmerzlich am eigenen Leibe merkt.

Die Verteuerung in hohem Maße ist vorhanden, und unsere Kollegenchaft im Reich hat ein Recht, Lohüberhandlungen zu ver- langen und Lohnforderungen zu stellen.

Wenn die Unternehmer und ihre Vertreter von ihren politi- schen Nachhabern die Vorbereitung von Füllen auf Lebensmittel und Gebrauchsgüter verlangen, und wenn die Vorberei- tungen hierzu und andere Maßnahmen eine Verteuerung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes herbeiführen, so haben sie auch die Verpflichtung, die dadurch hervorgerufene Wirkung durch Lohnerhöhung auszugleichen.

Tun sie das nicht, so haben sie die Folgen der daraus ent- stehenden Wirtschaftskämpfe zu tragen.

Der Beschäftigung der Porzellanindustrie ist mit wenigen Ausnahmen ein guter zu nennen. Die Porzellanindustrie hat große Aufträge zu erledigen. Das ist ein Zeichen, daß es ihr nicht schlecht geht. In den letzten Wochen sind auch die Schwierig- keiten des Kreditmangels zum überwiegenden Teil beseitigt wor- den. Die Kohlen und Frachten wurden etwas billiger, und ein- geschränkte Betriebe konnten wieder zur Vollbeschäftigung über- gehen. Das sind Zeichen der Gesundung, an der auch die Ar- beiterchaft Anteil haben muß, weil bringende Notwendigkeiten dafür vorliegen. Die Unternehmer haben also infolge Besserung ihrer Lage die Möglichkeit, etwas zu tun. Sie sehen aber jedes Entgegenkommen ab.

Sie fühlen sich gestützt auf reaktionäre politische Vorgänge im Reich und in den Ländern, als Herren der Lage und wissen die Arbeiter ab. Der Hunger soll ihnen zu Hilfe kommen und die Arbeiter kurieren.

Für diesmal ist noch der Ausweg zum Schlichter übrig ge- blieben. Ob der es aber wagen kann, die Entscheidung in einem Lohnschlichterspruch zu fällen? — Das ist sehr zweifelhaft.

Die feinkeramische Arbeiterschaft ist allein auf ihren Or- ganisationsrückhalt angewiesen. Er ist ihre Macht. Kann sie diese bei Verhandlungen in die Waagschale werfen, so erzielt sie damit auch annehmbare Ergebnisse. Darauf muß sie hinarbeiten, wenn sie ein etwas geneigteres Entgegenkommen bei den Unter- nehmern herbeiführen will; denn mit Nebenarten und Hin- weisen ist bei den feinkeramischen Unternehmern nichts zu er- reichen.

Die feinkeramische Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, daß ohne Opfer und ohne Kampf in dieser oder jener Form nichts zu erreichen ist. Sich dafür zu rüsten, ist gewerkschaft- liche Pflicht, der sich auch die unterstellen müssen, die bisher noch glauben, die anderen werden schon für sie die Kasernen mit aus dem Feuer holen.

Im Kampf gegen das Unternehmertum muß sich die Ar- beiterchaft einig sein, sonst wird sie immer mehr an die Wand gedrückt. Bestimmt euch wieder darauf, Kollegen und Kolleginnen, daß die Unternehmer euch solange niederzuhalten vermögen, so- lange ihr auf eure organisatorische Stärke verzichtet. Wendet diese bei allen Gelegenheiten an, und der Machtbündel der Unternehmer ist gebrochen.

Die Arbeitslöhne und die deutsche Wirtschaft.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts- bundes hat in einer weiteren Eingabe an den Reichswirtschafts- minister vom 6. Oktober 1924 (siehe auch „Wirtschaft und So- zialpolitik“, Eingabe vom 23. August 1924, „Gewerkschafts-Ztg.“ vom 6. September 1924, Seite 330, und „Der Achtstundentag und die deutsche Wirtschaft“, Eingabe vom 17. September 1924, „Gewerkschafts-Ztg.“ vom 27. September 1924, Seite 363) seine Stellungnahme zu der Lohnpolitik unterbreitet. Wir lassen den Wortlaut dieser Eingabe nachstehend folgen:

Im Vordergrund der lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften über die Ver- teilung der Reparationslasten steht nächst dem Achtstundentag die Frage der Arbeitslöhne. Ihr sind von den Vorkämpfern des Unternehmertums Großwörter und zahlreiche andere Ab- handlungen in verschwendlicher Fülle gewidmet worden. Als wenn Mengen das Reichsgewicht der Gründe erheben könnten! Von welchen „Gründen“ ihre Darlegungen getragen sind, welcher Geist sie befeelt, mochten wir an zwei Beispielen kurz zeigen.

Im Sachverständigen-Gutachten... am Schluß des ersten Teils gesagt:

Das Komitee zweifelt nicht, daß es dem deutschen Volke möglich ist, eine Belastung zu tragen, wie sie der Plan ihm auferlegt, ohne daß seine Lebenshaltung unter den Stand her- abzusinken braucht, der sich dem der alliierten Länder und ihrer europäischen Nachbarn vergleichen läßt, die ebenfalls schwere Kosten zu tragen haben, die in hohem Grade auf die Kriegskatastrophe zurückzuführen sind.

Dieser Satz des Sachverständigen-Gutachtens ist in ver- stümelter Form auf Seite 8 der Denkschrift über: „Die

Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber“ im Fettdruck wieder- gegeben und mit folgenden ungeheuerlichen Bemerkungen ver- sehen worden:

„Seit Jahr und Tag haben sich die deutschen Gewerk- schaften bemüht, der deutschen Arbeitgeberchaft in aller Wes- fentlichkeit den Vorwurf eines durch unerträglich niedrige Löhne ermöglichten Dumpings im Export zu machen. In dem Sachverständigenberichte treten die internationalen Wirkungen dieser kurzfristigen Politik deutlich zutage.“

Hierzu also sind an den im Sachverständigen-Gutachten festgelegten Reparationslasten — man höre und staune! — die deutschen Gewerkschaften schuld.

Die Gewissenlosigkeit, mit der solche Bemerkungen leichten Herzens niedergeschrieben wurden, kennzeichnet die Denkschrift als ein Werk nicht zur Vermittlung von Erkenntnissen, sondern zur Erlangung eigennütziger Ziele. Sie ist eine Verhöhnung niedriger Art, geschaffen zu dem Zweck, die Reparationslasten auf die Arbeiterklasse abzumäzen.

Ferner heißt es auf Seite 39 der Denkschrift:

„Sehen wir nicht gerade in der letzten Zeit, wie der Facharbeitermangel auch von Gewerkschaften künstlich durch organisierte Abwanderung von Facharbeitern ins Aus- land vergrößert wird, um faktische Vorteile in der Lohnpolitik gegenüber den Arbeitgebern zu gewinnen? Hierin muß fast eine Produktionsblockade auf Kosten der deutschen Wirtschaft, auf Kosten des deutschen Volkes erblickt werden, diktiert ledig- lich vom Gesichtspunkte selbsttätiger Gewerkschaftstätigkeit.“

Sofort hat sich der Vorstand des ADGB an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit der Bitte gewandt, ihm

nähere Angaben über die Fälle zu machen, auf die sie ihre Be- hauptungen stütze. Nach einigen Wochen erging die Antwort, es seien ihr „Nachrichten über eine planmäßig organisierte Ab- wanderung von Facharbeitern des deutschen Baugewerbes in Baden zugegangen“. Beim Schweizerischen Bauarbeiterverband seien seit Beginn dieses Jahres annähernd 1200 deutsche Bau- arbeiter gemeldet und vermittelt worden, wovon 150 Mann auf Baden, die übrigen größtenteils auf Württemberg entfielen. „In Konstanz“, so heißt es in der Antwort wörtlich, „hat sich unter Führung der Gewerkschaften ein Vermittlungsbureau aufgetan, das die notwendigen Pässe besorgt hat und den betreffenden Arbeitern auch sonst jede Unterstützung zuteil werden ließ.“

Der Vorstand unseres Bundes ging diesen Angaben auf den Grund. Seine Ermittlungen ergaben ein völlig anderes Bild. Niemals und nirgend hat ein Vermittlungsbureau unter Führung der Gewerkschaften in Konstanz oder an irgendeiner anderen Stätte Deutschlands bestanden.

Die Abwanderung von Bauarbeitern wurde von den Or- ganen der Gewerkschaften nicht nur nicht begünstigt, sondern umgekehrt zu verhindern gesucht. Der Deutsche Bauarbeiter- bund hat sich erwiesenermaßen bemüht, die in der Schweiz Ar- beit genommenen Facharbeiter zurückzuholen. Er vereinbarte zu diesem Zweck unter Mitwirkung der Stadtbehörde Verträge mit den dortigen Arbeitgebern eine „Grenzzulage“. Es gelang ihnen denn auch, eine größere Anzahl Bauarbeiter für deutsche Firmen zurückzugewinnen.

Als im Mai d. J. einige Firmen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Baden und Württemberg beim Landes- amt für Arbeitsvermittlung zu Stuttgart den Antrag stellten,

wegen Bauarbeitermangels italienische Bauarbeiter auszulassen, wandten sich diese Gewerkschaftsorgane gegen diesen Antrag und versicherten, Bauarbeiter in genügender Anzahl vermitteln zu können. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung zu Stuttgart nahm die Vermittlung an. Bereits nach acht Tagen stellte es dem Baugewerksbund mit, er möge seine Vermittlung einstellen, da Bauarbeiter tatsächlich im Überflus vorhanden seien.

Aus den Bemühungen der Gewerkschaftsvertreter um Aufbesserung macht die Vereinigung eine „von den Gewerkschaften künstlich organisierte Abwanderung“. Ausfragen wird unter dem Titel die Sache mit der Vereinigung selbst. Wir wollten an diesen beiden Beispielen lediglich zeigen, wie die sogenannte Denkschrift sich selbst des Rechts entäußert, wahr und ernst genommen zu werden.

Nach jahrelanger Unterernährung der arbeitenden Bevölkerung durch Krieg, Währungsverfall, Wirtschaftskrisen und Teuerung hat das deutsche Unternehmertum die Gelegenheit wahrgenommen, mit der Annahme des Falles von London Verhältnisse der Arbeitsbedingungen anzukündigen. In der erwähnten Werkschrift heißt es wörtlich:

„Bei den Arbeitsbedingungen, die sich diesem erbarungslosen Druck (Reparationslast) fügen müssen, werden Lohn und Arbeitszeit an erster Stelle stehen. Beim Goldlohn, der auf der Voraussetzung der stabilen Währung aufgebaut war, ja dieser Stabilität untergeordnet werden mußte, mußte in erster Linie das Produkt und nicht der Lebenshaltungsindex die Lohnhöhe bestimmen.“

Das Unternehmertum tut hiernach so, als habe Deutschland bis zum Abschluß der Londoner Vereinbarung keinerlei Reparationsverpflichtungen erfüllt, als breche mit der Übernahme der Reparationslast durch den Londoner Fall eine viel fürchterlichere Notzeit an als in den letzten fünf Jahren. Es denkt nicht daran, der Öffentlichkeit zu sagen, daß auch feinerzeit der Reichskanzler Dr. Cuno, hervorragender Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens, den Siegerstaaten das Angebot auf Zahlung von 30 Milliarden Goldmark, etwa 1,8 Milliarden jährlich, gemacht hat. Statt objektiver Würdigung der Tatsachen sind in der Werkschrift überall Zeugen der Einseitigkeit und Selbstsucht. Das Unternehmertum hätte wahrlich genug zu tun, seine großenteils verschlumpten Betriebsbedingungen zu verbessern, statt die Gewerkschaften zu verleumern und auf die ohnehin ungünstigen Arbeitsbedingungen zu drücken.

Will man die Lohnverhältnisse einigermaßen richtig würdigen, so muß vom Lohnstand der Vorkriegszeit ausgegangen werden. Damals waren die niedrigen Arbeitslöhne und die schmale Lebenshaltung der deutschen Arbeiter in allen Industriefächern der Erde sprichwörtlich bekannt. In den Vereinigten Staaten, in England, in den skandinavischen Ländern, überall galt der deutsche Arbeiter als fleißiger und billiger Mann. Die Arbeitslöhne in Deutschland gegenüber denen in England standen in der Vorkriegszeit etwa wie 75 : 100. Noch ungünstiger für Deutschland war der Lohnunterschied zu den Vereinigten Staaten. Aber auch in Deutschland selbst wurden die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft von allen sozial denkenden Menschen bis weit in die Kreise des Bürgertums als im höchsten Grade verbesserungsbedürftig bezeichnet. Wir könnten mühelos eine Fülle solcher Urteile aus bürgerlichen Kreisen hier anführen, wenn wir sie nicht als bekannt voraussetzen würden und daher den Rahmen dieser Darlegungen unnötig erweitern. Die deutschen Arbeitslöhne waren also vor Kriegsbeginn durchaus nicht befriedigend, nur durch die nachmaligen Notjahre wurden wenigstens die Verhältnisse der Vorkriegszeit immer wieder herbeigeholt. Die Arbeitslöhne der Vorkriegszeit sind also zweifellos ein entscheidender Ausgangspunkt und Maßstab zur Wertung der heutigen Löhne.

Nach amtlichen Angaben betrug im Jahre 1913 der Nominal- und Reallohn durchschnittlich für: a) gelernte Arbeiter 34,35 Mk., b) ungelernete Arbeiter 24 Mk.

Dagegen ergibt sich aus der amtlichen Statistik für den Monat Juli d. J. nach Einrechnung der verlängerten Arbeitszeit ein durchschnittlicher Reallohn für: a) gelernte Arbeiter 29,92 Mk. (= 87,1 Proz. des Vorkriegslohnes), b) ungelernete Arbeiter 23,59 Mk. (= 98,3 Proz. des Vorkriegslohnes).

Das Gesamtbild der Lohnentwicklung seit Wiedereinführung des Goldlohnens sieht wie folgt aus:

Durchschnittliche Nominal- und Reallohnverhältnisse.

Monat	Nominallohn		b. S. des Vorkriegslohnes (real)
	R. M.	M.	
Gelernte Arbeiter:			
1913	34,35		100
Januar 1924	27,31	25,34	73,8
Februar 1924	28,12	26,89	78,3
März 1924	29,13	27,17	79,1
April 1924	30,47	28,93	84,3
Mai 1924	32,67	28,58	83,2
Juni 1924	34,40	30,27	88,1
Juli 1924	34,55	29,92	87,1
Ungelernte Arbeiter:			
1913	24,—		100
Januar 1924	22,87	21,22	88,4
Februar 1924	23,08	22,07	92,0
März 1924	23,21	21,65	90,2
April 1924	24,43	21,84	90,2
Mai 1924	26,16	22,88	95,3
Juni 1924	27,16	23,90	99,6
Juli 1924	27,24	23,59	98,3

Dieses dürftige Bild amtlicher Zahlen wird aber noch wesentlich verdüstert durch eine Reihe ungünstig wirkender Faktoren:

1. Die Einkommensteuer ist heute bedeutend höher als in der Vorkriegszeit.
 2. Die Beiträge für Sozialversicherung sind etwa doppelt so hoch als früher.
 3. Die amtlichen Index- und Teuerungszahlen ergeben sich heute aus Preisen minderwertiger Waren als vor dem Kriege.
 4. Die Index- und Teuerungszahlen selbst stehen mit der wirklichen Teuerungsvorgängen nicht im Einklang.
- Zu alledem waren am 31. Juli d. J. 13,8 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder völlig erwerbslos, 29,4 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder waren Kurzarbeiter, also nur ein Teil der Arbeiterschaft hat die an sich unzulänglichen Arbeitslöhne bekommen. Bedeutende Arbeitermassen mußten sich mit der letzten staatlichen Erwerbslosenunterstützung behelfen.

Desu geseien sich in den letzten Monaten enorme Preissteigerungen wichtiger Lebensmittel. Der Preis für 100 Kilogramm Weizen stieg von 136 Mk. Ende Juni auf 255 Mk. um die Mitte September, für Roggen in der gleichen Zeit von 120 Mk. auf 200 Mk. Die neuesten Veröffentlichungen der Reichlichen Hauptlandwirtschaftskammer über die Bildung der Kleinhandelspreise ergeben folgendes Bild:

Ware	Preis		b. S. des Vorkriegspreises
	1924	1914	
Brot 1/2 kg	0,143	0,143	102
Roggenmehl 1/2 kg	0,169	0,173	106
Gerstefleisch 50 kg	—	4,31	123
Butter 1/2 kg	1,918	2,36	169
Rindfleisch 1/2 kg	0,92	1,—	107
Schweinefleisch 1/2 kg	0,98	1,30	173

Diese Preissteigerung hat sich im Monat September im verstärkten Maße fortgesetzt. Aus allen Gebieten Deutschlands werden unserem Bundesvorstand neue Preissteigerungen gemeldet. Brot, Fleisch, Butter, Eier haben bedeutende Preissteigerungen aufzuweisen. Steht man das Gesamtbild der Lebensbedingungen des deutschen Arbeiters von heute dem des letzten Jahres vor Kriegsausbruch vergleichsweise gegenüber, so ergibt sich für heute eine Verminderung seiner Lebenshaltung um 80 bis 40 v. S.

Unter diesen Umständen davon zu reden, wie es die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände getan hat, das Volk dürfe nicht über seine Verhältnisse leben, ist eine Ungeheuerlichkeit, bezeichnend für den Geist des deutschen Unternehmertums.

Alle Abhandlungen des Unternehmertums haben sich bis jetzt sorglich gekümmert, über die verhältnismäßige Verteilung des Ertrages der Arbeit auch nur eine Andeutung zu machen. Sie waren diese für die Öffentlichkeit so wissenswerte Sache als ihr Geheimnis. Nicht einmal über die einzelnen Anteile der Warenentstehungskosten wird ein offenes Wort gesprochen. Wir haben die selbstherrliche Überzeugung, daß der Lohnanteil in den Entstehungskosten der Waren gegenüber der Vorkriegszeit in den letzten Jahren auf allen Gebieten der Wirtschaft sich nicht unerheblich vermindert hat. Das einzige Ergebnis amtlicher Ermittlungen spricht für unsere Überzeugung. Nach den Erhebungen des Reichswirtschaftsrats über die Textilindustrie hatte sich der Lohnanteil in den Entstehungskosten der Waren vermindert:

	1914	1924
Baumwollspinnerei von 08,03 auf 42,7 v. S.		
Wollweberei	15,5	8,8
Gewandfabrikation	29,0	19,8
Herrenkonfektion	18,3	15,0

Wie immer die Frage der Arbeitslöhne untersucht werden mag, stets wird man bei objektiver Forschung zu einem Ergebnis kommen, das selbst im Rahmen der Allgemeinnot Deutschlands als besonders betrüblich, für Arbeiterstand und Wirtschaft gefährlich bezeichnet werden muß. Daher hat die Arbeiterschaft bei Verteilung der Reparationslasten das erste Anrecht auf Schonung, weil sie, von Ausnahmen abgesehen, den wirtschaftlich schwächsten Teil des deutschen Volkes darstellt. Wenn diese gebührende Schonung der Arbeiterschaft nicht geübt würde, wären schwere Wirtschaftskämpfe die unausbleibliche Folge.

Die erste Voraussetzung, den Notzustand zu mildern, müßte unteres Erachtens in der Aufbietung aller Reaktionskräfte bestehen, eine Senkung der Preise für die unerlässlichen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände herbeizuführen. Regierung oder Gesetzgebung müßten jedoch darauf Bedacht nehmen, daß diese Maßnahmen nicht durch Preisbildungswirkungen wirkungslos gemacht werden. Eine allgemeine dauerhafte Preisentwertung ist aber unteres Erachtens am ehesten durchzuführen, wenn die geplante Wiedereinführung des Goldtarifs unterbleibt. Alle wirtschaftspolitischen Kreise stimmen in dem Urteil überein, die Preissteigerungen der letzten Tage und Wochen seien bereits die voraussehbaren Schatten des Goldtarifs. Die Vorlage müßte als erstes sichtbares Zeichen zur Senkung der Preise zurückgezogen werden. Je mehr es dem Staate im Innere mit den führenden Wirtschaftskreisen gelänge, preisenkennend zu wirken, je mehr würde sich unseres Erachtens das Absatzgebiet der deutschen Wirtschaft nicht nur im Innere, sondern auch im Ausland erweitern. Die Wirtschaftskrise würde daher überwindlich die Länder, welche wirtschaftlich mit Deutschland in Verbindung stehen, würden den jetzigen Zeitpunkt nach Übernahme des Sachverständigenratens als einen neuen Ausgangspunkt für die Entwicklung der weltwirtschaftlichen Beziehungen betrachten.

Staat und Wirtschaft, unlösbar miteinander verflochten, haben beide zu vorwiegenden Trägern die wirtschaftlich schwachen Arbeitermassen, die Besitzer der Arbeitskraft. Der Staat sollte diese Arbeitskraft in allen Beziehungen schützen und fördern, wenn nicht andernfalls das deutsche Wirtschaftsleben und damit das deutsche Volk auf unabsehbare Zeit ein verarmtes Dasein fristen sollen. Zurückweisung der einseitigen und selbstherrlichen Lohnpolitik des Unternehmertums ist hierfür das erste Erfordernis. („Gewerkschaftszeitung“)

Sachverständigenrat und Achtstundentag.

Von Arbeitersekretär H. Feldmann, Neuhabsleben.

Schon seit langer Zeit drangen die Arbeitgeber wie auch die Arbeitgeberverbände auf die Befreiung des Achtstundentages und forderten eine Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn und mehr Stunden täglich. Die Arbeitgeber glaubten, in ihren Zeitschriften und Zeitungen die Öffentlichkeit dadurch zu beeinflussen, daß sie Vergleiche anstellten, wonach die Arbeitsleistung infolge der Einführung des Achtstundentages um ein Erhebliches gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen sei. Wir wissen sehr genau, daß mit genau so vielen Beispielen, wie die Arbeitgeber ansetzen, auch unsererseits der Beweis erbracht werden kann und erbracht worden ist, daß die Arbeitsleistung nach Einführung des Achtstundentages sich nicht nur auf Friedenshöhe gehalten hat, sondern sogar in sehr vielen Fällen sich über Friedenshöhe erhebt.

Bei dem Streit über die Annahme oder Ablehnung des Dawes-Gutachtens, hat auch die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit eine ganz erhebliche Rolle gespielt. Die Vertreter der Industrie, der Arbeitgeberverbände und leider auch unsere Freunde von links stellen die Behauptung auf, daß nach Annahme des Dawes-Gutachtens die deutsche Arbeiterschaft gezwungen wird, länger zu arbeiten, um so die im Dawesplan vorgeschriebenen Leistungen erfüllen zu können.

In der sogenannten Denkschrift der Arbeitgeberverbände über die Arbeitszeit wird immer wieder behauptet, daß es nur der Feindbund sei, der die deutsche Arbeiterschaft zur Mehrarbeit zwingt und die deutschen Unternehmer lediglich unter dem Druck des Dawes-Planes so handeln müßten. Sie fordern in dieser Denkschrift eine Steigerung der Produktion durch Verlängerung der Arbeitszeit, insbesondere durch die Einführung des Achtstundentages. Um die Gelder für die Leistungen aus dem Dawes-Plan aufzubringen, müßten, so schlussfolgern die Arbeitgeber, die Arbeitslöhne in Deutschland wesentlich niedriger und die Arbeitszeit erheblich länger bemessen werden wie im Ausland. Von den Arbeitgebern wird den Gewerkschaften mit Entschiedenheit vorgeschlagen, daß sie sich für die Annahme des Dawes-Planes eingesetzt und somit zu der notwendigen Verlängerung der Arbeitszeit beitragen haben.

Nach Ansicht der Unternehmer soll also die Mehrbelastung des deutschen Volkes durch das Sachverständigengutachten, durch eine allgemeine große Arbeitszeitverlängerung ausgeglichen werden. Bei dieser Behauptung dürften sich die Arbeitgeber über die Tragweite ihrer Forderung selber nicht klar sein. Sie haben offenbar noch keine Aufrechnung gemacht, wieviel Arbeitsstunden jährlich notwendig wären, um die Leistungen des Dawes-Gutachtens zu begleichen.

Zu der Behauptung „Die Weltbühne“ nimmt ein angelegener Finanzfachverständiger zu der Frage „Dawes-Gutachten und Arbeitszeit“ Stellung. Dieser Finanzfachverständige stellt eine Berechnung auf, wonach sich die Leistungen des Dawes-Gutachtens in Arbeitszeit ausdrücken. Es ist sehr interessant, der Berechnung zu folgen, wie die Belastung in Gestalt von Mehrarbeit im äußersten Falle durch den Dawes-Plan auszuweichen müßte.

Nach den Feststellungen des Finanzfachverständigen gibt es nach den neuesten Berichten im Deutschen Reich zurzeit 33 Mil-

lionen erwerbstätige Personen. Nimmt man von jedem von ihnen 300 Arbeitstage zu je acht Arbeitsstunden an und damit einen Verdienst im Durchschnitt von 50 Goldpfennigen pro Stunde, so würde das für ganz Deutschland eine Lohnsumme von 40 Milliarden Goldmark ergeben bei jährlich rund 80 Milliarden Arbeitsstunden.

Nach dem Sachverständigenrat stellt sich die deutsche Leistungspflicht für Wiedergutmachung wie folgt:

Jahr	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29
1. Jahr	1 Milliarde	220 Millionen	200	750	—
2. „	—	—	—	—	—
3. „	—	—	—	—	—
4. „	—	—	—	—	—
5. „	—	—	—	—	—

und folgende Jahre 2 Milliarden 500 „
Im ersten Jahre nach Inkrafttreten des Dawes-Gutachtens werden von der ersten Milliarde 800 Millionen Mark durch Auslandsanleihe gedeckt, so daß Deutschland noch etwa 200 Millionen Mark an Reparationen zu leisten hätte. Dies bedeutet, daß die durchschnittliche Arbeitszeit, um diesen Betrag aufzubringen, nur um den zweihundertsten Teil, aber anders ausgedrückt, täglich um 2 Minuten und 24 Sekunden verlängert werden braucht.

In den folgenden Jahren stellt sich die jährliche Reparationslast nach dem Sachverständigenrat auf etwa 1 1/2 Milliarden Goldmark, d. h. auf den Wert von 2 1/2 Milliarden Arbeitsstunden.

Diese 2 1/2 Milliarden Arbeitsstunden durch sämtliche Erwerbstätige im Deutschen Reich abzutragen, bedeutet eine tägliche Arbeitszeitverlängerung um 14,5 Minuten, also noch nicht einmal um eine Viertelstunde.

Vom ersten Normalreparationsjahre, wahrscheinlich von 1928/29 an, soll dann Deutschland jährlich 2 1/2 Milliarden Goldmark zahlen, oder den Wert von 2 Milliarden Arbeitsstunden. Selbst bei dieser höchsten Reparationsleistung, die der Dawes-Plan vorsieht, würde sich nur eine Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde täglich notwendig machen.

Diese Berechnung in der „Weltbühne“ geht von den Voraussetzungen aus, daß in den nächsten Jahren durch technische Verbesserungen usw. die Produktion nicht gesteigert wird. Es ist also, wenn man die Produktionssteigerung auf Grund technischer Neuerungen, welche bestimmt nicht ausbleiben werden, in Betracht zieht, eine noch geringere Arbeitszeitverlängerung, wie die Berechnung zeigt, ausreichend. Wenn man weiter in Betracht zieht, daß die Identische Durchführung des Achtstundentages überhaupt noch nie bestanden hat, sondern die Notwendigkeit zeitweiliger Mehrarbeit auch von den Gewerkschaften anerkannt worden ist, so dürfte sich nach einer genauen Berechnung ergeben, daß eine Arbeitszeitverlängerung überhaupt nicht notwendig ist.

Als weiterer Moment kommt aber noch hinzu, daß in den letzten Monaten hunderttausende von Arbeitern keine Arbeitsmöglichkeit hatten, also aus dem Produktionsprozess ausgeschlossen waren. Nach Einreichung dieser großen Zahl Erwerbsloser in die Produktion würde bestimmt jede Arbeitsverlängerung, von der die Unternehmer glauben, daß sie nach dem Dawes-Gutachten notwendig ist, überflüssig sein.

Aus diesen Darlegungen dürfte sich ergeben, daß die Unternehmer die Mehrarbeit nur haben wollen, um ihren eigenen Profit zu steigern, und für diesen Zweck eben jeder Vorgang, und sei es das Dawes-Gutachten, als Grundursache herhalten muß. Die Behauptung, das Dawes-Gutachten und der Feindbund zwingen die Unternehmer zu ihrer Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit, ist eine sehr leichte Behauptung, die wenig Denkarbeit in Anspruch nimmt, und nur so ist es zu verstehen, daß gerade das Sachverständigengutachten für die Unternehmerforderung so herhalten muß.

Internationaler Kongress für Sozialpolitik in Prag.

(ZOB.) Auf dem vom 2. bis 6. Oktober in Prag abgehaltenen Internationalen Kongress für Sozialpolitik, dem auch zahlreiche Arbeitervertreter der verschiedenen Länder beiwohnten, wurden folgende wichtige Resolutionen angenommen:

Achtstundentag.

„In Erwägung, daß der Achtstundentag den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer gehoben, ihr Familienleben günstig beeinflusst, ihnen größere Möglichkeiten zu allgemeiner und beruflicher Ausbildung gewährt, das Gefühl ihres Eigenwertes verstärkt und ihnen so als Bürger und Produzenten erhöhte Bedeutung verliehen hat,

in Erwägung, daß nachweislich der Achtstundentag, weit entfernt, die Produktion automatisch zu vermindern, sie sogar zu steigern geeignet ist, besonders dort, wo sie mit einer methodischen Arbeitsorganisation und einer Vervollkommenung der Arbeitsmittel Hand in Hand geht,

in Erwägung, daß der soziale Wert des Achtstundentages ein so überwiegendes ist, daß die Schwierigkeiten politischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Natur es nicht zu rechtfertigen vermöchten, in einzelnen Ländern Maßregeln zu ergreifen, welche die Gefahr mit sich brächten, daß die allgemeine Anwendung des Achtstundentages aufgegeben und so soziale Kämpfe verursacht würden,

fordert der Kongress, in der Überzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Achtstundentages in allen Ländern am besten durch eine internationale vertragliche Bindung der Regierungen gewährleistet wird, die sofortige und vorbehaltlose Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens durch alle Staaten, die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation sind.

Er fordert ferner die Einführung einer entsprechenden Gesetzgebung in den übrigen Staaten.

Der Kongress empfiehlt, die Vorteile des Achtstundentages durch internationale Übereinkünfte mit den nötigen Anpassungen auf alle Arbeiter zu erstrecken, nachdem Erhebungen über die besten Mittel zur Verwirklichung einer solchen Erweiterung ihres Geltungsbereiches aufgestellt worden sind.

Ebenso verlangt er, daß durch ein internationales Abkommen die Höchstzahl der Überstunden, der wöchentliche Ruheztag und die Urlaube für die Arbeiterschaft geregelt werden.“

Die Betriebsräte.

„Eine wichtige Tatsache beherrscht das moderne soziale Leben. Die Arbeiter werden sich immer mehr des Wertes der manuellen und geistigen Arbeit im Wirtschaftsleben bewußt. Aus diesem Grunde ist es wichtig, das von den Gewerkschaften schon seit langer Zeit und erfolgreich verfolgte Recht auf Vertretung aller Interessen der Arbeiterschaft gesetzlich zu sichern und zu schützen und in der Organisation des Friedens zu berücksichtigen.“

Es ist notwendig, allen arbeitenden Menschen in allen Zweigen des Wirtschaftslebens, d. h. in Produktion, Handel, Verkehr und Landwirtschaft, auf Organisation und Verwirklichung der Wirtschaft Einfluß einzuräumen. Wenn nur Arbeit die Wirtschaft retten kann, so bedarf die Wirtschaft arbeitsfreudiger, an ihrer Tätigkeit der Produktion und an ihrem Beruf interessierter Arbeitskräfte.

Von diesen Erwägungen ausgehend, begrüßt der Kongress mit Freude und Genehmigung die in mehreren Ländern Europas eingeführte und nunmehr schon bewährte Betriebsratverfassung. Hand in Hand mit der Gewerkschaftsbewegung vermögen die Betriebsräte den arbeitenden Menschen ihre sozialen Rechte zu sichern und dem Wirtschaftsleben eine neue schöpferische Kraft dienlich zu machen.

Der Internationale Kongress für Sozialpolitik steht auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, die Arbeiter sowohl im Rahmen ihres Berufes als auch ihres Landes zur Mitarbeit an der methodischen Betriebsführung im Interesse einer geordneten Produktion heranzuziehen. Er verlangt daher, daß in den Unternehmungen auf geeignete Weise und unter Aufsicht an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder Vertretungen der Arbeiter und Angestellten geschaffen werden, mit der Aufgabe, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften über die Ausführung der Arbeitsverträge zu wachen und an der Ausarbeitung und Einhaltung der Fabrikvorschriften in allen Fragen mitzuwirken, die sich insbesondere auf die Festsetzung von Ruhepausen, der Urlaube und der Ferien, auf die Einhaltung der Mindestlöhne, die in den Tarifverträgen festgelegt sind, auf die Mithaben der Lohnzahlung, auf Maßnahmen der Hygiene, der Unfallverhütung und Berufserkrankung, auf technische Einrichtung und Verbesserung der Betriebe und auf die industrielle und technische Erziehung beziehen.

Der Kongress ist der Auffassung, daß neben der Schaffung dieser Einrichtung auch eine Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften und Organisationen der Unternehmer in wichtigen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik gefördert werden sollte. Für diesen Zweck könnte die Schaffung von eigenen Körperchaften unter Berücksichtigung der Betriebsgröße vorgesehen werden, deren Aufbau, Zusammenlegung und Wirkungskreis sich nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder richten müßte.

Die Arbeitslosenfürsorge.

Der Internationale Kongress für Sozialpolitik betont die Notwendigkeit, mit Hilfe der Regierungen im Sinne des Ergebnisses der Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation die verschiedenen Maßnahmen weiter auszugestalten, die bis jetzt durch die öffentlichen Arbeitsnachweise und Berufsberatungsstellen durch Versicherungsanstalten und durch eine zweckmäßigere Verteilung der öffentlichen Arbeiten unter Beachtung auf den Kreislauf des Wirtschaftslebens zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit ergriffen worden sind.

Der Kongress erludt die Anhänger des sozialen Fortschritts in allen Ländern, die Verhütung von Arbeitslosigkeit durch allgemeine wirtschaftliche Maßnahmen, sowie insbesondere dadurch anzustreben, daß von den Regierungen die Befolgung einer Politik zur Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus nach den Beschlüssen der Internationalen Konferenz in Genoa im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas gefordert wird.

Der Kongress stellt den Antrag, daß sich die Regierungen alle Maßnahmen in den einzelnen Staaten und alle internationalen Vereinbarungen zu eigen machen, die geeignet sind, die Wanderungsbewegung unter Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes zu erleichtern.

Die Konsumkrise.

Trotz des Londoner Abkommens, trotz der zweifellosen Erleichterung der Geld- und Kreditkrise ist noch keine wesentliche Belebung der Produktion eingetreten. Die vollständige Erholbarkeit der Leipziger, Kölner und Frankfurter Herbstmesse zeigt dafür, daß die Krisensituation noch weiter anhält. Allerdings war dafür außerdem noch eine nicht wegzuleugnende Messenübelkeit verantwortlich. Die Lager der Kaufleute werden mit der Zeit leer, trotzdem wollen sie die Vorräte nicht ergänzen, sowohl infolge der allgemeinen Unsicherheit der Preisgestaltung, wie auch deshalb, weil sie die künftige Kaufkraft der Bevölkerung günstig einschätzen. Die Mähernte wird eine Einschränkung des Nationaleinkommens und demzufolge der allgemeinen Kaufkraft nach sich ziehen. Insofern die Landwirte den Ernteausfall in Form erhöhter Preise auf die städtische Bevölkerung überwälzen können, muß diese für die nächste Ernte aufkommen, ihre Kaufkraft wird weiter geschwächt. Man kann mit einer Abnahme der Ernte um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre rechnen. Die aus landwirtschaftlichen Kreisen verbreiteten Gerüchte über einen gewaltigen, 50 Prozent und noch mehr betragenden Rückgang der diesjährigen Ernte sind falsch und bewußt übertrieben. Die Produktion hat sich im allgemeinen noch nicht belebt. Nur die billigen Bekleidungsartikel, Textil- und Schuhwaren zeigen eine wesentliche Erhöhung des Beschäftigungsgrades. Die Bestellungen der öffentlichen Anstalten, insbesondere der Reichsbahnen sind bisher ausgeblieben, daher dauert die gedrückte Lage des Maschinen- und Lokomotivbaues weiter an. Mit dem Beginn der Herbstmonate ist mit der weiteren Abnahme der Bautätigkeit zu rechnen; bekanntlich erhält die Produktion von der Bautätigkeit eine mächtige Anregung. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen belief sich Mitte September auf 575 590, die Kurve ist weiter noch in den meisten Industriezweigen vorübergehend. Der Hauptgrund für die anhaltende Krise ist die Preisbildung, die sich auch im vergangenen Monat sehr ungünstig gestaltet hat.

Das allgemeine Preisniveau hat sich im September noch weiter erhöht. Der Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung“ zeigt am 2. Oktober gegenüber Mitte September eine

Schicksalspruch.

Unheimbar rinnt und reißt der Strom der Zeit,
in dem wir gleich verstreuten Blümen schwimmen,
unheimbar braust und segt der Sturm der Zeit,
wie riesen kam, verweht sind unsere Stimmen.
Ein kurzer Augenblick ist der Mensch,
den ewige Kraft auf ihre Werke tut,
ein Wimpern — der Geschlechter lange Reih'n,
ein Wink — des Erdballs Werden und Verglat.

Christian Morgenstern.

Der Krieg imilde.

(F. G. B.) Im Verlag „Freie Jugend“ veröffentlicht Ernst Friedrich ein mit deutschem, französischem, englischem und holländischem Text ausgestattetem Kriegsbuch. Die Publikation verdient speziell erwähnt zu werden, weil sie in der Anti-Kriegs-Literatur einen ganz besonderen Platz einnimmt. Das Buch rufi Tatsachen ins Gedächtnis der Menschen zurück, die die Generationen, die den Krieg nicht mehr selbst erlebt haben, am ehesten vergessen, trotzdem es letzten Endes gerade solche Erinnerungen sind, die auf die Dauer Schrecken vor dem Krieg einflößen können. Die Bilder geben nämlich in unarmherziger Wirklichkeit den Krieg an sich, als höchste Virtuosität schrecklichsten Mordens wieder. Der Verfasser benützt dazu das wirkungsvollste und zuverlässigste Material: im Kriege aufgenommene Photographien. Eine äußerst geschickte Chronologische Zusammenstellung und Kommentierung tun ein Uebriges.

Man sieht z. B. das Bild eines mit „jubelnden Gelben“ überfüllten, zur abfahrenden Eisenbahnwagen und die mit Kreuze darauf angebrachten schwarzen Inschriften: „Auf zum Kreisziehen nach Paris“ ... „Stat-Club“ „Sommer feste druff“ usw. Man sieht den freundlich lächelnden Landwehrmann, der sich in Feindesland unter blühenden Bäumen bis an die Zähne bewaffnet, im „fröhlichen Krieg“ für seine Familie photographieren ließ und man sieht, wie die gleichen Menschen einige Tage später in hohen Säulen als unförmige Masse wie Schlamm über einen mit Blut und Schmutz bedeckten Abhang hinunter in eine schwarze Grube „ausgeleert“ werden. Man sieht die Photographien von Menschen, denen das ganze Gesicht weggerissen wurde, an denen bis zu dreißig Operationen vorgenommen worden sind und heute noch herumgeführt wird, um

durchschnittliche Preissteigerung von über 10 Prozent. Was aber den Kleinhandel anbelangt, so zeigt die Gegenüberstellung der Preise für je 10 Lebensmittel im Großhandel und im Kleinhandel für die Kleinhandelspreise eine stärkere Steigerung als für die des Großhandels. Die Erhöhung des allgemeinen Preisstandes ist in erster Linie auf die Steigerung der Getreide- und Lebensmittelpreise zurückzuführen. Ueber das Ausmaß dieser Preissteigerungen soll hier nur bemerkt sein, daß die Weizenpreise seit Mitte Juni um zirka 60 Prozent, die Roggenpreise aber um volle 100 Prozent sich erhöht haben, trotzdem diese Preise sich Mitte Juli von ihrem Tiefstand in den vorangegangenen Monaten bereits wesentlich erholt hatten. Vor einigen Monaten noch unter der Vorkriegsparität, stehen heute Roggen, Weizen und Gerste und mit ihnen auch die anderen Lebensmittel sehr beträchtlich (um 30 bis 40 Prozent) über den Vorkriegsstand. Die Spanne zwischen dem Erzeugerpreis des Getreides und den Mittelpreisen ist gegenwärtig eine viel größere als vor dem Krieg, wofür eine ungebührliche Zunahme des Zwischenhandels verantwortlich ist.

Die Preisentwicklung für andere Waren zeigte aber ebenso wenig den notwendigen Abbau. Bis auf einige ausländische Rohstoffe, wie Baumwolle und Petroleum, sind die Preise der übrigen Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate durchweg höher als in den vergangenen Monaten. Die Kohlenpreise sind trotz der sehr wesentlichen Frachtermäßigung, die Mitte September gewährt wurde, bisher im Kreise eher gestiegen als gesunken. Das Mitte August gefällige Kohlenhydrat wurde im September erneuert beziehungsweise durch ein Zwischensyndikat ersetzt. Scharf erloschte auch eine Preisermäßigung, in Wirklichkeit muß man aber eher von Preissteigerungen reden, da die Syndikatsmitglieder sich früher in einem stillen Konkurrenzkampf gegenseitig unterboten haben, was jetzt sein Ende nahm. Die Ermäßigung der Frachtsätze spielt besonders bei der Kohle eine sehr große Rolle, weshalb ein energischer Preisabbau im Bereiche der Möglichkeit liegen würde. Die Regierung hat diesbezüglich eine Aktion angeknüpft.

Die übrigen Maßnahmen zur Preislenkung neben einer Herabsetzung der Frachtsätze um 10 Prozent waren die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 25 auf 2 Prozent. Diese Ermäßigung kann wenig in die Waagschale fallen. Der Ertrag der Umsatzsteuer beträgt im Monat durchschnittlich 150 Millionen Mark, wovon ein Fünftel 30 Millionen ausmachen würde. Bei einem monatlichen Warenumsatz von 20 bis 25 Milliarden Goldmark (ein großer Teil der Umsatzsteuer wird hinterzogen!) würde diese Ermäßigung auch dann nicht sehr ins Gewicht fallen, wenn die Verkäufer nicht trachten würden, die erparte Umsatzsteuer in Form größerer Gewinne auf die Käufer zu wälzen. Außerdem sind noch die Steuern für Kapitalverkehr und Industriebankobligationen ermäßigt worden, Maßnahmen, welche die Kapitalbeschaffung erleichtern sollen. Eine unmittelbare Wirkung auf die Preise können sie aber nicht haben.

Wichtig ist für die Preisgestaltung die Verbilligung des heute so unerträglich hohen Kreditzinses. Die billigeren Zinsen sind nicht nur wegen der Verbilligung der Produktionskosten von größter Wichtigkeit, sondern auch deshalb, weil je höher der Zins nach dem Betriebskapital ist, um so niedriger die Löhne und die Gehälter gehalten werden müssen, wodurch auch die Kaufkraft breiter Schichten geschwächt wird. Die Reichsbank hat diesbezüglich die Lage etwas erleichtert, insofern, als sie den Gesamtumfang ihrer verhältnismäßig billigen (10 Prozent) Kredite an die private Volkswirtschaft um 10 Proz. erweiterte. (Die Goldkreditbank, die allerdings nur für den Export Kredite gewährt, hat den Zinsfuß auf 8 Prozent herabgesetzt.) Die von den Privatbanken geforderten Zinsen sind immer noch außerordentlich hoch, sie bewegen sich um zirka 18 Prozent pro Jahr. Da die meisten Unternehmer auf diese Kreditquellen angewiesen sind, werden ihre Produktionskosten, solange eine weitere Senkung der Zinssätze nicht erfolgt, weiter hoch bleiben. Bei dem großen Kapitalmangel ist allerdings auf billiges Geld für absehbare Zeit nicht zu rechnen, insofern wäre für die Verbilligung des Kredits noch ein großer Spielraum. Die geplante Aktion der Regierung soll auch die Verbilligung der Privatkredite zum Ziele haben. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, daß ausländische Kredite auch im Laufe des Monats September nur spärlich einfließen. Die Bahn für diese Privatkredite soll eigentlich nach Abschluß der 800-Millionen-Anleihe, die übrigens bereits gefordert ist, frei gemacht werden. Dabei kommt aber fast ausschließlich nur das amerikanische Kapital in Frage, und es fragt sich, ob die gegenwärtige Geldflüssigkeit auch nach der Präsidentenwahl im November zu welchem Zeitpunkt eine Belebung der Konjunktur erwartet wird, andauern wird. Außerordentlich heftig ist für die Preisentwicklung die Uebersetzung des Zwischenhandels mit überflüssigen Mitteln. Die seit dem Krieg sehr vermehrte Anzahl von Zwischenhändlern belastet mit ihren Gewinnforderungen die allgemeine Kaufkraft. Die Spanne zwischen Erzeugerpreisen einerseits, Groß- und Kleinhandelspreisen andererseits ist gegenwärtig wesentlich höher als vor dem Krieg. Die Periode der größten Geldnot hat vor einigen Monaten viele Kaufleute zum Bankrott der Waren zu sehr herabgesetzten Preisen veranlaßt; auch vielen manche Inflationsgeschäfte dem Reini-

ihnen womöglich mit Hilfe von Fleischteilen ihrer Gliedmaßen die Köder der Augen zuzuleistern oder Nasen und Rinn zu ersetzen. Tausende solcher Menschen liegen jetzt noch in Spitälern, wo sie künstlich ernährt werden müssen. Ihre Gesichter gleichen zertrümmerten Köpfelecken und der größte Trost bedeutet für viele wohl die Tatsache, daß sie blind sind und deshalb wenigstens nicht wissen, wie schreckenerregend sie aussehen. Viele dieser Bilder sind so gräßlich, daß man entsetzt weiterblättert und sich fragt, ob man wirklich solche Schrecklichkeiten veröffentlichen soll. Man muß sie festhalten! Fromme Redensarten, Betrachtungen über wirtschaftliche Folgen des Krieges, über Angriffs- und Verteidigungskriege usw. machen auf den Menschen keinen so großen und sichern Eindruck wie die Ansicht, bei einem weiteren Krieg den Rest seines Lebens eventuell mit einem Stück Oberschenkel als Gesicht beschließen zu müssen. Wenn den Geschichtsbüchern solche Bilder beigegeben würden, würden sie vielleicht für die Kinder das Schreckenspeist dunkler Nächte werden. Doch ist es nicht besser, sie mit Tatsachen zu erschrecken, anstatt mit stumpfsinnigen Ammenmärchen?

Abgesehen von der Grausamkeit des Krieges illustriert das Buch besonders auch die traurigen moralischen Folgen. In Massengravern, von denen sich unter normalen Umständen jeder entsetzt abwenden würde, sieht man total nackte Leichen von Menschen, die bis zum letzten Zahn bei ihrer letzten Ruhestätte ausgeraubt wurden. Man sieht endlose Reihen von Geheften, denen die Soldaten zum Spah komische Güte aufgesetzt haben, um sich mit den Opfern photographieren zu lassen, wie man sich mit einem Bestium photographieren läßt, auf das man besonders stolz ist. Galgen, Geheften und standrechtlich Erschossene wo man hinschaut! Bei einer einzigen Armee wurden z. B. 11 400 Galgen errichtet.

Wenn man solche Bilder sieht: Getreuzigte, auf offenem Feld Vergewaltigte usw., so versteht man, weshalb gerade in der Nachkriegszeit Kriminalfälle zu verzeichnen sind, wie sie die Menschheit überhaupt nicht oder nur auf der tiefsten Kulturstufe kannte. Sie sind zum großen Teil direkte und indirekte Folgen des Krieges und sie werden sich noch schwerer überwinden lassen als die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen.

Ergänzt man das Buch Friedrichs mit den Bildern des Hungers, der Not und der Verbrechen der 10 letzten Jahre, was schreckliche Schmerzen und der langsame Kampf gegen den Tod auch nur eines einzigen Menschen bedeuten, so muß man

gungsprozess während der Geldknappheit zum Opfer. Da gegenwärtig der Geldmangel im früheren Umfang nicht mehr besteht und die Lagerverräte mit der Zeit abnehmen, haben die Kaufleute zum Preisabbau keinen Anreiz mehr. Die Preisgebung und die Verwaltung steht hier vor schweren Aufgaben. Mit Wuchergerichten allein kann ein Wandel in diesem Zustand nicht geschaffen werden, vielmehr handelt es sich um die notwendige Umorganisation der Güterverteilung, die ein langsame Vorgang sein wird. Den Genossenchaften muß bei dieser Umorganisation die größte Rolle zufallen. In bezug auf die Preisgestaltung müßten wir noch die Rolle der Lehranstalten, Eisenbahn usw. hervorheben. Diese Lehranstalten konnten sich während der allgemeinen Krise sehr gut, man kann wohl sagen zu gut, erhalten. Der Generaldirektor der Reichseisenbahngesellschaft, Minister Dejer, konnte dieser Tage darauf hinweisen, daß aus den Erträgen des laufenden Jahres bereits die 20 Millionen Mark Eisenbahngeld zurückgezahlt werden konnten. Auch konnte die Eisenbahn auf den Reichszuschuß von 520 Millionen, den sie Anfang des Jahres beantragte, aber nicht erhielt, verzichten. Ähnlich ging es den anderen Verkehrsanstalten, wie Post, Straßenbahnen usw. Soll der Preisabbau gefördert und die Kaufkraft der Bevölkerung für lebensnotwendige Artikel gesteigert werden, so müssen die Verkehrsanstalten mit ihren Forderungen maßhalten.

Trotz des hohen Preisniveaus, dessen Ursachen oben geschildert wurden, hat sich die Handelsbilanz auch nach dem Monat Juli weiter verbessert. Im August ergab sich nach den riefigen Einfuhrüberschüssen in den ersten sechs Monaten des Jahres eine gegenüber dem Monat Juli gesteigerte Aktivität der Handelsbilanz um 140 Millionen Goldmark. Allerdings ist dieser Einfuhrüberschuss viel weniger durch die Steigerung der Einfuhr als durch Verminderung der Einfuhr erzielt worden. Da der Einfuhrückgang sich hauptsächlich auf Rohstoffe und halbfertige Waren erstreckt — von einem Rückgang von 108 Millionen entfallen 55 auf diese Warengruppen — wird sich dieser Rückgang in der späteren Produktion fühlbar machen. Allerdings haben die billigeren Baumwoll- und Petroleumpreise zur Verringerung der Einfuhrkosten beigetragen. Die Einfuhr, die 590 Millionen Goldmark betrug, erhöhte sich im August nur um 16 Millionen Goldmark. Wirklich konkurrenzfähig kann Deutschland dann erst werden, wenn auf Grund eines breiten inländischen Absatzes die Produktionskosten gesenkt werden können. Ueberdies ist noch die Beseitigung der handelspolitischen Hindernisse, wie prohibitive Zölle, Einfuhrverbote usw., von der größten Wichtigkeit für die deutsche Einfuhr. Die wichtigsten Handelsvertragsverhandlungen haben vor kurzem begonnen, Deutschland stellte gegenüber Belgien, England und Frankreich die Forderung nach Gewährung der Meistbegünstigung für die deutschen Waren. Die Verhandlungen mit Belgien und England wurden einstweilen unterbrochen, während die mit Frankreich gegenwärtig geführt werden. Letztere sind für die Gestaltung des deutschen Außenhandels am wichtigsten, da gegenüber Frankreich eine vollständige Neuordnung der Handelsbeziehungen notwendig ist.

Soziales.

Familienzulagen in Frankreich. Das System der Familienzulagen, das gegenwärtig in Frankreich für 2 700 000 Arbeiter gilt, breitet sich immer mehr aus. In der Schwerindustrie ist es schon fast allgemein in Anwendung und auch in anderen Betriebsarten wird es nach und nach eingeführt. Die Summen, die als Familienzulagen gezahlt werden, sind sehr groß. Wenn man die Beträge, welche von den Ausleihungsfonds und von den Unternehmern direkt als Familienzulagen aufwendet werden, zusammensetzt, so ergibt sich ein Jahresgesamtbetrag von 300 Millionen Franken; dabei sind die Zahlungen der öffentlichen Verwaltungsstellen noch nicht inbegriffen.

Genossenschaftliches.

Die internationale Handelsorganisation der Genossenschaften. Aus den Verhandlungen der genossenschaftlichen Internationalen in Genf möchten wir die Kommissionarbeiten hervorheben, die die Vorbereitung einer internationalen Handelsorganisation der Genossenschaften zum Ziel haben. Es soll eine Einrichtung ähnlich einem internationalen Großkauf geschaffen werden, welche die Genossenschaften auch im internationalen Warenverkehr vom Privathandel unabhängig machen soll. Damit in Verbindung soll eine internationale Bank gegründet werden, die das Warengeschäft erleichtern könnte. Beide Gründungen sind noch nicht zustande gekommen, aber an ihrer Vorbereitung wird weitergearbeitet.

Konsumgenossenschaften, die sich selbst schädigen, sind leider keine Seltenheit. Ein besonders schlimmer Fall liegt in der Konsum- und Spargenossenschaft „Winfisch-Güldenbach“ und Umgebung vor. Diese begann im Laufe des Jahres von auswärtigen Brot, das den Preis zu 4 Pfund für 58 Pf. abgegeben wurde, während bei den Bäckern 60 Pf. gezahlt werden mußten. Als darauf der Brotumsatz des Konsumvereins gewaltig stieg, setzten die Bäcker den Preis auf 55 Pf. herab. Der Konsumverein folgte sofort nach, so daß das Brot nun im Konsumverein und

sich sagen, daß selbst das Paradies zu teuer bezahlt wäre, wenn es mit solchen Schrecken erlöst werden müßte.

(Das Buch kann beim Verlag „Freie Jugend“, Berlin E. 2, Parochialstr. 29, oder für Hl. 3,60 (Porto unbegriffen) bei der Verlagsabteilung des F. G. B., Telfellstraße 31, Unter den Eichen, bezogen werden.)

Wirtschaftskampf und Lebensstrebe. Die freien Gewerkschaften sind religiös neutral, aber sie können auch verlangen, daß die Kirchen den Einflüssen des Wirtschaftslebens gegenüber eine neutrale Stellung einnehmen. Die evangelische Kirche in Sachsen verbreitete jedoch vor einiger Zeit ein Flugblatt, in dem sie auf die Zusammenhänge zwischen Selbstmord und Kirchenlosigkeit hinwies, die sie feststellt zu haben glaubte. Nun haben die neuen Untersuchungen am Institut für gerichtliche Medizin in Graz ergeben, daß die überwiegende Mehrzahl der Selbstmörder Kranke Menschen sind, womit die Behauptung der Kirche in sich zusammenbricht. Aber auch die neueste Statistik über die Selbstmorde in Preußen beweist, daß bei den Selbstmördern nicht irgendein Defizit, sondern die Not des Lebens als Ursache in Betracht kommt. Die Zahl der in den Jahren 1921 und 1922 durch Selbstmord gestorbenen Personen setzte sich nämlich nach der Religion zusammen aus 577 und 6060 (1921 und 1922) Evangelischen, 1215 und 1272 Katholiken, 115 und 171 sonstigen Christen und 150 und 133 Juden. In 342 und 386 Fällen war die Religion nicht angegeben oder unbekannt. Wenn man berücksichtigt, daß auch von diesen Personen noch ein gewisser Prozentsatz irgendeiner christlichen Gemeinschaft angehört, so ergibt sich, daß die Zahl derer, die keinem bestimmten Bekenntnis angehören, unter den Selbstmördern sehr gering ist und die Anschuldigungen der sächsischen Kirche deshalb völlig unberechtigt sind. Die amtliche Statistik weist auch ausdrücklich darauf hin, daß bei den Selbstmorden, deren Ursache bekannt geworden ist, mehr als die Hälfte Geistes- und Nervenkrankheiten oder körperliche Leiden als Ursache aufweisen und daß dazu dann die Fälle kommen, in denen der Selbstmord aus wirtschaftlicher Not begangen ist.

Wir glauben darum, daß der auf einer höheren sittlichen Werte steht, der nicht verächtlich den Stein auf diese Bedauernswerten wirft, sondern durch seinen gewerkschaftlichen Kampf dafür sorgt, daß wirtschaftliche Not und aus der Not des Lebens gewordene Leiden einfach nicht mehr möglich sind.

del den Wädern den gleichen, vom Konsumverein erzwungenen, um 5 Pf. niedrigeren Preis hatte. Jetzt holten aber die Mitglieder das Brot nicht mehr aus ihrem Geschäft, denn sie die Verparnis verabsäen, sondern von den Wädern, was zur Folge hatte, daß der Konsumverein den Brotvertrieb wieder aufgeben mußte. Inzwischen haben die Wädern in Wüchsig-Engingen den Brotpreis wieder erhöht; die Verbraucher zahlen wieder 60 Pf. für den Laib, und die Wädernmeister laden sich ins Häufchen, denn heute ist die Genossenschaft durch die Untrene ihrer Mitglieder so geschwächt, daß sie es nicht zum zweiten Male versuchen kann, preisregulierend aufzutreten.

Wirtschaftliches.

Sehr große Weizenrate in Australien. Die Berichte über die Weizenrate Australiens, dieses wichtigen Weizengebietes, lauten sehr günstig. Voraussichtlich wird diese wesentlich größer sein als die vorjährige und wird der Rekordrate 1920/21 nahekommen. Nach Abzug des Eigenverbrauches von 40 Millionen Bushel werden noch 100 Millionen zur Ausfuhr übrig bleiben. Allerdings wird das australische Getreide in steigenden Mengen von Japan und China verbraucht, zum größten Teil richtet sich jedoch die Ausfuhr nach England und Italien.

Der Rückgang des europäischen Außenhandels. Die volkswirtschaftliche Abteilung des Statistisches Bundes hat auf Grund sorgfältiger Arbeiten verschiedene Tabellen über den Welthandel nach dem Kriege veröffentlicht. Die folgende Tabelle behandelt die Veränderungen im Außenhandel einzelner wichtiger Industrieländer seit dem Kriege. Folgende Maßzahlen (1913 gleich 100) geben hierüber Auskunft:

Land	1913	1920	1921	1922	1923
Dänemark	100	87.9	80.6	112.9	132.9
Frankreich	100	129.9	86.4	—	—
Deutschland	100	109.4	105.1	109.7	156.2
Italien	100	96.5	53.2	58.5	44.7
Norwegen	100	30.7	44.4	61.2	52.8
Schweden	100	95.5	95.8	—	92.7
England	100	87.8	78.8	—	89.6
Japan	100	146.0	88.0	103.0	105.6
USA	100	90.0	64.0	91.0	95.0
Sowjetunion	100	123.4	77.6	91.2	118.8
Polen	100	78.9	53.0	92.3	81.7
Belgien	100	83.3	74.3	85.7	95.7
Niederlande	100	74.3	54.8	71.0	78.4
Indien	100	77.6	67.8	75.3	—
Südafrika	100	70.5	74.6	87.6	—
Brasilien	100	168.8	135.6	189.1	194.8
Argentinien	100	107.5	107.5	101.1	94.1

In den Maßzahlen kommen die Störungen des Welthandels seit dem Kriege gut zum Ausdruck.

Die Arbeiterbanken werden die Privatbanken in die Enge treiben. Einem ausführlichen Aufsatz in der amerikanischen Zeitschrift „The Nation“ (24. September) zufolge belaufen sich die Kapitalanlagen der von den Gewerkschaften unterhaltenen Arbeiterbanken in Amerika bereits auf 130 Millionen Dollar. Ihren Statuten gemäß dürfen diese Banken höchstens 10 Proz. an die Aktionäre verteilen, der event. Mehrgewinn wird aber den Kurben der Bank, die ihre Kapitalien dort anlegen, vergütet. Die Privatbanken verteilen aber viel größere Dividenden. Im Jahre 1917 gab es 55 Privatbanken, die mehr als 50 Proz. Dividende nach dem Aktienkapital verteilten. Im Jahre 1923 war die von 8238 nationalen Banken verteilte durchschnittliche Dividende 13½ Proz. Demzufolge stehen auch diese Aktienwerte im Kurs sehr hoch, durchschnittlich zweimal so hoch als ihr Nominalwert. Würden die Privatbanken ebenso wie die Arbeiterbanken nur 10 Proz. in Dividenden verteilen, so müßten sie den Einlegern jährlich nicht weniger als 125 Millionen Dollar zurückvergüten. Die Einleger werden deshalb die Arbeiterbanken bevorzugen, und es zeigt sich auch bereits bei der Lauf der Lokomotivführer, daß dort nur 14 Proz. der Einleger Lokomotivführer waren, während die übrigen, Rechtsanwälte, Lehrer, Beamte und Kaufleute, wegen der Vorteile für die Einleger ihre Sparkapitalien in die Arbeiterbank trugen. Das Publikum muß, meint „The Nation“, zwischen den beiden Grundlügen wählen: hohe Dividenden für die Aktionäre oder Beteiligung der Einleger am Gewinn. Wird es sich zugunsten des letzteren entscheiden, so müssen auch die Privatbanken zwangsläufig dem Beispiel der Arbeiterbanken folgen.

Aus unserem Beruf.

Der Manteltarif gekündigt.

Der Arbeitgeberverband hat den Manteltarif gekündigt. Er läuft zum Jahreschluss nun ab, und Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Vertrages machen sich dadurch notwendig.

Hoffentlich ist sich die Kollegenheit und mit ihr die feinerkeramische Arbeiterschaft bewusst, daß die Unternehmer den Reichsmantelvertrag nicht etwa deshalb kündigen, um den Arbeitern größere Rechte geben zu können. Die Arbeitgeber planen, Verschlechterungen durchzuführen. Die Kollegen und Kolleginnen müssen demnach auf der Hut sein.

Ein Reichsmanteltarif für die feinerkeramische Industrie, mit Sicherungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen, läßt sich nicht dadurch schaffen, daß einige Rahlstellen dem Hauptvorstand schriftliche Forderungen übermitteln und dann bei Nichtveranerkennung im Vertrag kräftig auf ihn schimpfen und mit ein paar Redensarten dagegen protestieren. Auch damit ist nichts getan, mit gefalteten Händen im Schoß abzuwarten, was der Vertrag bringt, und der Verhandlungskommission die Verantwortung zu überlassen.

Die Tätigkeit unserer Kollegenheit muß darin bestehen, daß alle Glieder die Vertragsrechte wahren und den Mut aufbringen, für ihre strikte Innehaltung nach jeder Richtung einzutreten. Darin ist leider in mancher Beziehung gekündigt worden und die Unternehmer werden versuchen, diesen Faktor für sich bei Verhandlungen auszunutzen.

Hier muß die Gegenaktion einsetzen. Unsere Kollegen und Kolleginnen haben allerorts Sorge zu tragen, daß keine Vertragsverhältnisse vorzukommen und gebildet werden. Sie haben anzuklären über Vertragsrechte und -pflichten.

Jeder Verbandsmitglied muß gesagt werden, daß bei der gegenwärtigen Verhältnissen der Arbeiter dem Unternehmer gegenüber in mancher Beziehung recht- und wehrlos ist, wenn keine verbindlichen Kollektivverträge für die feinerkeramische Industrie bestehen. Und andere Vertragsabmachungen haben keinerlei gesetzlichen Rückhalt. Ein Klagerrecht besteht dann nicht. Selbst wenn dieses gegeben wäre, so würde der Einzelarbeiter ohne Organisationsrückhalt darauf verzichten müssen.

Also die Organisationsgemeinschaft ist der feinerkeramischen Arbeiterschaft die Vertragsrechte, und diese Gemeinschaft hat in den nächsten Wochen die Pflicht, sich eingehend mit dem Mantelvertrag und seinen Einzelbestimmungen zu befassen. In jeder Versammlung der Rahlstellen muß der Mantelvertrag zur Verhandlung stehen. Dabei gibt es genug Anknüpfungspunkte, den Mitgliedern darzulegen, was sie sich zu erhalten, was sie hinzuzufordern haben, und wie sie zu erkennen geben müssen, daß sie für die Verhandlungskommission einen geschlossenen Rückhalt darstellen.

Mit einigen Lippenbekenntnissen ist die Sache jedoch nicht abgetan, dazu bedarf es schon einer ganz besonderen Ehrlichkeit, eines kräftigen Gemeinheitswillens, einer lebhaften Verbands-tätigkeit in jeder Rahlstelle.

Die gesamte Rahlstelle muß zu erkennen geben, daß sie an den jetzigen Mantelvertragsbestimmungen nicht rütteln

läßt, daß sie eher zum Rumpfen bereit ist, ehe sie Verschlechterungen hinnimmt.

Also, säumt nicht! Tut in allen Rahlstellen eure gemeinschaftliche Pflicht! — Hinweg mit der Gleichgültigkeit!

Breslau. In der Steingutwerke - Aktien - Gesellschaft in Breslau, Matthiassstr. 193-204, lagten die dort beschäftigten Arbeiter über vielfach geübte willkürliche Arbeiterentlassungen. Die schlechte wirtschaftliche Lage veranlaßt die Firma und ihre Beauftragten, gegen die Arbeiter rücksichtslos vorzugehen. Eine solche rücksichtslose Behandlung wurde dem Porzellanarbeiter Max Sch. am 4. 10. d. J. zuteil. Das Gasten und Jagen während der Arbeitszeit ist an der Tagesordnung. Der Werkmeister verlangte aber, daß Sch. bei der Arbeit rennen soll. Sch. gab dem Werkmeister zur Antwort, „er könne doch nicht mehr wie laufen“. Daraufhin wurde Sch. von dem Werkmeister mit den kurzen Worten mittags um 12 Uhr entlassen: „Sie können sofort aufhören; die Entlassungspapiere stellen wir Ihnen zur Verfügung.“ Sch. wollte aber weiter arbeiten und sich zunächst mit dem Betriebsrat verständigen, damit dieser wegen der so plötzlich erfolgten Entlassung mit dem Arbeitgeber verhandle. Das wurde nicht geduldet. Sch. mußte seiner Wege gehen. Der Entlassungsschein wurde noch mit der Bemerkung versehen: „Wegen Arbeitsverweigerung entlassen.“ Letzteres hatte zur Folge, daß Sch. auch jetzt bei der Erwerbslosenfürsorge keine Unterstützung beanspruchen konnte. Sch. strengte nun die Klage beim Gewerbegericht an und beantragte „wegen rücksichtsloser Entlassung eine Entschädigung und Abänderung der Arbeitsbescheinigung“. Der Vertreter der Firma legte vor dem Gewerbegericht eine Arbeitsordnung vor, die im Betriebe bis heute in dieser Form, daß eine Kündigung ausgeschlossen ist und die Arbeiter zu jeder Zeit, auch während des Affordes, entlassen werden können, und auch die Arbeiter andererseits jederzeit aus dem Betrieb und die Arbeitsstelle verlassen können. Der Vertreter mußte sich von dem Vorstehenden des Gewerbegerichts belehren lassen, daß diese Bestimmung in der Arbeitsordnung unzulässig ist; denn nach dem Gesetz ist die kürzeste Kündigungsfrist die eintägige. Der Arbeiter darf also ohne gesetzlichen Grund nicht unter der Arbeitszeit entlassen werden. Daraufhin erklärte sich die Firma, indem sie dem Kläger 11,94 Mk. zugestand, a hat und sich bereit erklärte, die Entlassungsbescheinigung dahin abzuändern, daß Sch. ohne seine Schuld im Betriebe nicht weiter beschäftigt werden kann. Aus diesem Vorgang ergeben die Arbeiter, daß der Unternehmerwillkür auch Schranken gezogen sind, wenn sich die Arbeiterkraft in ihren Gewerkschaften den nötigen Schutz verschafft. Wenn Kollege Sch. nicht in seiner Gewerkschaft organisiert gewesen wäre, dann hätte er den Schutz des Arbeiterssekretariats Breslau nicht beanspruchen können. Arbeiter, sorgt für die Stärkung eurer Organisationskraft!

Wilmanns. Am 3. Mai 1924 feierte der Malerkollege Carl Paris sein 40jähriges Verbandsjubiläum. Am 26. Oktober 1924 blüht der Malerkollege Gustav Seyditz auf eine 40jährige Mitgliedschaft zurück, und am 1. Februar 1924 hatte der Formgießerkollege Wilhelm Junghans eine 45jährige Mitgliedschaft erreicht. Ein Menschenalter war er demnach Verbandsmitglied. Wieviel Opfermut, wieviel Solidarität, wieviel Kampf und Streit haben diese Arbeiterkämpfer geleistet und miterlebt. Sie haben die Organisation in ihren Anfängen, und haben sie auch in ihrer Blüte und ihrer Macht. Sie haben aber auch manchen Defizienten, der das Schiff der Organisation verließ. Sie haben aber auch Gewerkschafter heranwachsend, die sich bereit sind ihnen würdig erachten dürfen. Die Rahlstelle Wilmanns übermitteln diesen alten Jubilaren die besten Glückwünsche. Die Mitglieder glauben, daß sie sie am besten ehren, indem sie ihnen nachzueifern suchen.

Leipzig. Wie unsere Kollegen in Malereien noch behandelt und wie sie im wahren Sinne des Wortes ausgebeutet werden, läßt die Aufschrift eines Verbandskollegen erkennen, der von der Firma Fiedel & Schuchow, Leipzig, Arbeitstr. 59, folgendes berichtet: „Bei meinem Eintritt hat mir die Firma geschrieben, daß ich mindestens zwei Jahre ununterbrochen Beschäftigung finden könne. Dabei habe ich während meines fünfmonatigen Pfiesens schon mehrmals wegen Arbeitsmangels aussetzen müssen. Es sind hier außerordentlich viele (fast ausschließlich) einzelne Gefäße oder kleine Kommissionen zu machen, an denen im Afford natürlich nicht so viel verdient wird wie bei großen Aufträgen, nach denen die Preise gemacht sind. Ein Mindestlohn ist nicht garantiert. Ist nichts da, muß man auf seine eigenen Kosten bei dieser teuren Zeit humpeln. Der zuletzt-gekommene Maler ist hier besonders der am meisten Leidtragende, da für ihn, wenn es mit der Arbeit hapert, nichts übrig bleibt. Ich konnte bis jetzt leider nichts dagegen unternehmen, da ich trotz Bemühung keine andere passende Arbeit fand. Jedoch nun, da ich etwas anderes in Aussicht habe und demnachst von hier fortgehen werde, wird die Firma, die von jeher nach dem Prinzip handelte, mehr Maler einzustellen, als sie beschäftigen kann, sofort versuchen, sich Ertrag durch die Sachzeitung zu verschaffen. Ich möchte nun, schon im Interesse der Kollegen, Sie um eine dementsprechende Warnung in der „Ameise“ dringend ersuchen und zwar schon in nächster Nummer, da es anderenfalls seinen Zweck verfehlen könnte. Ein jeder Kollege, der hierher kommen sollte, würde sehr enttäuscht und geschädigt sein, da die hiesigen Verhältnisse durchaus nicht den Angaben der Firma entsprechen. Die Firma stellt deshalb mehr Maler ein, als sie beschäftigen kann, um dieselben recht geringfügig zu machen und um keine Forderungen stellen zu können. Diese Firma ist sogar so rücksichtslos, daß sie, trotzdem es im allgemeinen mit der Arbeit sehr hapert, noch Kaffenschilder außer dem Hause von anderen Malern hier am Platze, die dieselben noch ein paar Pfennige billiger als wir machen, herstellen läßt. Ich glaube, daß Ihnen diese Zeilen genügen werden, eine dementsprechende Warnung in der „Ameise“ zu veröffentlichen. Die Kollegen sind damit gewarnt.“

Vermischtes.

Was ist der Deutsche Arbeiter-Theater-Bund? Der Deutsche Arbeiter-Theater-Bund, gegründet 1906, Sitz Leipzig, ist eine vorkommlich neutrale Kulturvereinigung und steht auf dem Boden der proletarischen Arbeiterbewegung. Seine Aufgabe ist, das Proletariat mit Unterstützung der Parteien und Gewerkschaften geistig zu erziehen. Der Deutsche Arbeiter-Theater-Bund ist ein Vereinigungskreis, der sein Wirken in bloßer Vereinsarbeit erweist, sondern seine Tätigkeit ist darauf gerichtet, das Kulturleben der Werktätigen zu heben, den Befreiungskampf der Arbeiterklasse dadurch zu unterstützen, daß er verucht, den Einfluß der bürgerlichen Kultur, der bürgerlichen Kunst auf die Proletarier zu brechen. Diese Tätigkeit kann er nur ausüben, wenn zwischen den proletarischen Organisationen und ihnen die enge Verbindung besteht. Alle Ortsgruppen des Deutschen Arbeiter-Theater-Bundes, alle ihm angeschlossenen Arbeiter-Theater-Vereine sind aufgefordert, sich anzuschließen, diese enge Verbindung mit den proletarischen Organisationen herzustellen. Wir erwarten, daß durch engere Zusammenarbeit unsere Tätigkeit Früchte tragen wird und fordern die Arbeiterorganisationen auf, in ihren Reihen dafür zu werben, daß Angehörige der proletarischen Klasse Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Theater-Bundes werden. Alle weiteren Auskünfte erteilt der Bundesvorstand Alfred Jahn, Leipzig, Elisenstr. 30 (Febr. 1909).

Veranstaltungen-Anzeigen.

Amberg. Monatsversammlungen finden jeden ersten Samstag im Monat, abends 7 Uhr, „Auf der Alm“ statt. Fällt der 1. auf einen Samstag, so ist die Versammlung am nächsten Samstag.

Adressenänderungen.

Amberg. Vorl.: Georg Kleibl, Dreher, H. 137; Schriftf. Johann Deht, Möbelrechner. Alle Aufschriften sind an die Vorstehenden zu richten.
Brattendorf. Vorl.: Robert Schmidt, Stanger, Werbelrod; Schriftf.: Albert Bauer, Stanger, Werbelrod; Red Richard Meyer, Stanger, Otto Witter, Porzellanarbeiter, Werbelrod, Thüringen.
Burgau. Redaktor für Bal. Schüler: Ernst Herfurt, Dreher Kleinembach Bahnhofstr. 62.
Selb. Vorl.: Baptist Müller, Brenner, Rosenthalstraße; Schriftf.: Luise Wunderlich, Angestellte, Sebansstr. 33; Red. Hermann Bohner, Geschäftsführer, Gartenstr. 31; Red.: Adolf Meier, Maler, Gartenstr. 35, und Hans Räger, Kapselbreher.

† Sterbetafel †

Wilmanns. August Schneider, Brenner, geb. am 22. 10. 1866, gest. an Asthma. Organisiert seit 1906.
Oberkapan. Wilhelm Fischer, Maler, geb. am 1. 12. 1880, gest. an Bronchialkatarrh. Organisiert seit 1922.
Stadtlengsfeld. Karl Wauß, Arbeiter, geb. am 2. 9. 1903, gest. an Blutvergiftung. Organisiert seit 1920.
Ehret ihrem Andenken!

Glückwunsch. Den beiden Arbeiterkämpfern, Kollegen Richard Martin und Emil Krauch, die herzlichsten Glückwünsche zur Goldenen Hochzeit.
Rahlstelle Rahlstätte. Die Verwaltung.

Arbeitsmarkt.

Einen tüchtigen Tellerdreher sowie einen gelernten Kapseldreher für Hohlgeschirrtafel stellen ein (181b)
Porzellanfabrik Weissenstadt
Dürbed & Rusbäghel
Weissenstadt i. Fichtelgebirge.

Junger lediger Goldmaler, firm in Wand, Band und Staffage, sucht Stellung. Anschriften unter „F. 148“ an die „Ameise“ erbeten.

Gelernter Kapseldreher, 35 Jahre alt, in allen vorkommenden Arbeiten perfekt, sucht sofort Stellung. Suchender ist auch befähigt, die Stelle eines Glühboden- oder Brennhausaufsichters zu bekleiden. Angeb. unter „F. 149“ sind an die „Ameise“ zu richten.

Wir suchen jüngeren, tüchtigen (182)

Blumenmaler

und Dekorateur als Mustermaler. Derselbe muß befähigt sein, nach Angaben prompt zu arbeiten. Offerten mit Probearbeiten sind zu richten an die
Porzellanfabrik F. Thomas, Markredwitz.

Suche sofort einen flotten (183)

Schriftenmaler

für Glasstandgefäße in dauernde Stellung.
Gustav Rahl, Wilmanns, Thüringen, Dehrensstraße 26a.

Tüchtige ledige

Glasmaler

für Innenmalerei werden zum sofortigen Eintritt gesucht. Ledige bevorzugt. Offerten unter „184“ an die „Ameise“ erbeten.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen

Fondsprizer

höchsthochlohnlicher Staatsangehörigkeit, bevorzugt wird wegen Wohnungsmangel ein lediger. (172)
„Bohemia“, Keramische Werke
H.-G. Neuchten u. Karlsbad.

ledige

Porzellanmaler

für Kobaltblauband und Felsen- gold, die an sauberen Arbeiten gewöhnt sind, für Dauerstellung stellt ein (187)

Größlich & Kohnke
Berlin N. 20
Badstraße 57

Tüchtiger

Kapseldreher

wenn möglich ledig, per sofort gesucht. (188)
Porzellanfabrik Arno Jäger
Wilmanns i. Thüringen.

2 ledige, tüchtige

Maler

für Goldband, Goldlinie und Staffage werden sofort gesucht. (177b)
H. Schomburg & Söhne H.-G.
Rohlau (Anhalt).

Dreher

für Hochspannungsartikel gesucht. Angebote unter „188“ an „Die Ameise“ erbeten.

Tüchtigen, ledigen

Schleifer

sucht zum sofortigen Eintritt
Carl Alberti
Porzellanfabrik (185)
Uhlstädt (Thüringen).

Selbständig arbeitender

Matrizenschlosser

gesucht. (190)
Porzellanfabrik Schwarz
Spandau.

Oval- u.

Überformer

von guter Gebrauchsgeschirrfabrik gesucht.
Angebote sind unter „189“ an die „Ameise“ zu richten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Kenninger, Charlottenburg, Traberstraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Traberstraße, Neubau.
Druck: C. Janiszewski, Berlin SO., Eißelbacher 28/29.